

„Christ sein in säkularisierter Gesellschaft“

Mehr zur Veranstaltung:

<http://www.kas.de/bundesstadt-bonn/de/publications/50246/>

LEIDENSCHAFTLICHE DISKUSSIONEN UND EIN BEKENNTNIS ZUM KATHOLISCH SEIN

Die gegenwärtige Situation in Deutschland ist durch Pluralisierung, Individualisierung und Säkularisierung gekennzeichnet. Diese Entwicklungen in der Gesellschaft führen zu einem Rückgang der Religiosität und es scheint daher absehbar, dass die Christen in Deutschland eine Minderheit bilden werden. Die christliche Prägung Deutschlands ist nicht mehr gesichert, wobei auch die Ausbreitung des Islam eine Rolle spielt.

In der Diskussion im Anschluss an den Vortrag zur Frage, ob **das bisher geltende Staatskirchenrecht in der heutigen säkularisierten Gesellschaft noch Bestand hat**, wurde dafür plädiert, dass die katholische Kirche ihre Zurückhaltung aufgeben und in Diskursen eine aktivere Rolle einnehmen solle.

Das Aufgehen in der säkularisierten Gesellschaft stellt eine Gefahr dar, weil dadurch das genuin Katholische in den Hintergrund gedrängt werden könnte, andererseits ist es nicht ratsam für die katholische Kirche gegenüber der säkularisierten Gesellschaft eine Vorrangstellung einzufordern; Religionsfreiheit bedeutet die Gleichwertigkeit aller (staatlich anerkannten) Religionen. Wie aber wird eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft eine Körperschaft öffentlichen Rechts? Für die Verleihung des Körperschaftsstatus, die dem Landesrecht obliegt, müssen bestimmte Voraussetzungen (vgl. Art.137 WRV) von den Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften erfüllt werden. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, hat die jeweilige Gemeinschaft Anspruch auf die Verleihung des Körperschaftsstatus. Die christlichen Kirchen ha-

ben den Körperschaftsstatus bereits zu Zeiten der Weimarer Reichsverfassung erlangt und gelten daher als altkorporierte Religionsgemeinschaften. Der Islam kann also diesen Status auch erreichen, wenn er bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Die Frage ist, ob er sie in seiner Gänze auch erfüllen will. Dies ist ein längerer Prozess.

Kontrovers diskutiert wurde, ob das geltende Staatskirchenrecht für die Säkularisierung mitverantwortlich sei. Eine Abschaffung des Staatskirchenrechts in der bisherigen Form („hinkende Trennung“) könnte einen weiteren Rückgang der Religiosität und des Glaubens zur Folge haben, insofern die Kirchen aus der Öffentlichkeit zurücktreten. Dagegen wurde argumentiert, dass eine deutlichere Trennung von Staat und Kirche eher wieder zu einer Rückbesinnung auf den christlichen Glauben und die Religiosität führen könnte. Hier gab es eine offene Diskussion zwischen den liberalen Bewahrern des Status Quo und den konservativen Revolutionären, die allerdings in der Minderheit waren.

Bei einer Roundtable-diskussion wurde die gegenwärtige Situation der katholischen Kirche näher betrachtet, indem **staatskirchenrechtliche Fragen auf die Arbeit eines Kirchenvorstands angewendet** wurden.

Es wurde zunächst festgestellt, dass die katholische Kirche in ihrer inneren Verfassung (im Gegensatz zu ihrer Lehre) Schwierigkeiten mit dem Subsidiaritätsprinzip habe und dass sich in den geltenden Rechtsbestimmungen ein bestimmtes, von der Mehrheit



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SEMINAR 2017

CADENABBIA

MELINA ROHRBACH

Mehr zur Veranstaltung:

<http://www.kas.de/bundesstadt->

der engagierten Laien nicht mehr geteiltes Kirchenbild widerspiegeln.

Das Kirchenvorstandsrecht in Nordrhein-Westfalen soll insofern modernisiert werden, als für die dortigen (Erz-)Diözesen allein kirchlich verantwortete Vermögensverwaltungsgesetze angestrebt werden sollen. Es wurde als problematisch beschrieben, dass der Kirchenvorstand selbst nicht entscheidungsbefugt ist, sondern die Genehmigungen des Bistums abgewartet werden müssen. Diese Institutionalisierung bremst aufgrund fehlender Anreize das Engagement der Ehrenamtlichen vor Ort und werde den kirchlicherseits proklamierten Kompetenzen der Getauften nicht gerecht. Hilfreich könnte es sein, die Entscheidungsprozesse auf Bistumsebene transparenter zu gestalten und die Kompetenzlage zugänglicher und verständlicher zu machen. Ein Anstoß dazu von Seiten des Staates ist jedoch nicht möglich, weil der Staat zur Neutralität gegenüber allen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen verpflichtet ist. Die Gemeindefusionen erfordern zahlreiche schnelle Entscheidungen, aber die jeweiligen Genehmigungen des Bistums kommen oftmals zu spät. Einerseits sollte die Subsidiarität als Prinzip umgesetzt werden, aber andererseits ist die katholische Kirche hierarchisch aufgebaut. Somit wird der Anschein von Autonomie erweckt, der jedoch der Wirklichkeit widerspricht.

Neu ist das Instrument von sog. Verwaltungsleitern, die in den Pfarreien eingesetzt werden, um es den Pfarrern zu ermöglichen, sich mehr seelsorgerisch zu betätigen. Dadurch würden allerdings die Strukturen in den Pfarreien vor Ort auch nicht verändert. Außerdem werden diese Verwaltungsleiter nicht von der jeweiligen Pfarrgemeinde eingesetzt, sondern sind beim Bistum beschäftigt, was die Kompetenzabgrenzung zwischen Pfarrer und Verwaltungsleiter erschweren könnte.

Im Anschluss an den Vortrag zur **Situation der Katholischen Kirche in Deutschland** wurde zunächst auf die immer noch starke Bedeutung der konfessionellen Unterschiede in Deutschland hingewiesen. Es wurde klar, dass die konfessionelle Prägung der Deutschen politisch und gesellschaftlich eine

größere Wirkung hat als man in der säkularen Sicht gerne zugibt.

Der Referent Andreas Püttmann hatte eindrucksvolle Zahlenbelege dafür gebracht, dass bei Katholiken in Deutschland eine stärkere Verwurzelung im christlichen Glauben, aber auch in den ethischen Konsequenzen dieses Glaubens zu verzeichnen ist. Dies provozierte zu mehreren Diskussionsrunden: Einerseits wurde bezweifelt, ob die von Püttmann häufig festgestellten geringen prozentualen Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten nicht zu gering seien, um signifikante Aussagen über die „Christlichkeit“ von Katholiken treffen zu können. Eher sprächen die Prozentzahlen dafür, dass die religiöse Lage in Deutschland insgesamt beklagenswert sei, weil beispielsweise 56% der Christen nicht an die Auferstehung glauben. Dies deute darauf hin, dass das christliche Proprium sowohl in der katholischen als auch in der evangelischen Kirche verloren gehe. Interessanterweise sind z.B. Auferstehung und ewiges Leben für viele Menschen wichtig, allerdings sind es nur wenige, die dies anhand der Dogmen des christlichen Glaubens glauben (können).

Andererseits wurden insgesamt die Festigkeit und Verlässlichkeit der im Vortrag gemachten Aussagen angezweifelt, weil sie überwiegend „nur“ auf Meinungsumfragen basieren. Dem hielt der Referent entgegen, dass die Meinungsumfragen keine absolute Beweiskraft beanspruchen können. Sie sind Hinweise, die in einen größeren Zusammenhang eingebettet werden müssen.

Lange wurde darüber diskutiert, ob Christen – so konnte man den Referenten verstehen – „moralischer“ seien als Nichtchristen. In Bezug auf die Normkonformität handelnder Personen wurden drei Varianten aufgezeigt: Entweder handeln die Menschen grundsätzlich moralisch oder sie handeln bedingt moralisch, wobei sie es entweder tun, weil sie sich vor jemandem verantworten müssen oder weil sie sich miteinander „vertraglich“ zu bestimmtem Handeln verpflichtet haben. Dabei könne der Glaube an Gott normstabilisierend wirken, weil man sich vor Gott verantwortlich fühlt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SEMINAR 2017

CADENABBIA

MELINA ROHRBACH

Mehr zur Veranstaltung:

<http://www.kas.de/bundesstadt->

Zum Schluss wandte sich die Diskussion der Frage zu, wie Christen mit der AfD umgehen sollen. Es ist evident, dass erst die Flüchtlingsfrage dieser Partei einen Schub gegeben hat. Hier prallen hinter der Fassade eindeutiger Stellungnahmen der Kirchen bei den Gläubigen konfessionelle Unterschiede aufeinander: Die katholische Soziallehre ist eher ordo-orientiert, die protestantische Sozialethik denkt vom Individuum her. Wer das „große Ganze“ im Blick hat, muss auch die Verwerfungen in der deutschen Gesellschaft durch die Migration berücksichtigen, wer den leidenden Mitmenschen alleine zum Gegenstand des Handelns macht, entwickelt wenig Verständnis für die Sorgen und Nöte derjenigen, denen es doch grundsätzlich „gut geht“. Allerdings ist dies ein Randthema im Hinblick auf die AfD, die weitgehend säkular oder sogar kirchenfeindlich ist. Es stellte sich die Frage, wie man am besten mit Christen umgehen sollte, die Mitglied in der AfD sind und/oder die AfD wählen. Es sei wichtig, mit jedem Menschen in seiner konkreten Situation das Gespräch zu suchen und zu diskutieren. Darüber hinaus sei es schwierig, ein generelles Urteil über die AfD zu fällen, weshalb man die Gesamtentwicklung der Partei kritisch beobachten sollte. Äußerungen der Bischöfe zur AfD wurden begrüßt und sind erwünscht, aber insgesamt wurde betont, dass es eine persönliche Gewissensentscheidung bleibe, wen oder welche Partei man wählt.

Im Anschluss an den Vortrag zur Frage nach der **Leitkultur im säkularen Rechtsstaat** wurde kritisch angemerkt, dass der liberale Rechtsstaat – anders als es der Vertrag insinuiert – historisch unter dem Widerstand der katholischen Kirche entstanden sei. Dem wurde entgegnet, dass die Versöhnung zwischen der katholischen Kirche und dem säkularen Staat kein Zufall gewesen sei, sondern die christlich-dualistische Grundstruktur sei von Beginn an grundgelegt gewesen und musste „nur“ herausentwickelt werden. Trotz aller grundsätzlichen Bedenken des Referenten war man sich einig, dass auch der Islam eine solche Entwicklung durchlaufen könnte. Allerdings ist die Dualität von Kirche und Staat in ihm nicht deutlich grundgelegt. Erst neuere Interpretationen von reformierten islamischen Theolo-

gen wollen eine solche Dualität im Islam erkennen.

In diesem Kontext wurde für eine Doppelstrategie plädiert: Einerseits sollten die Kräfte gefördert werden, die in eine moderne, Staatliches und Religiöses trennende Richtung führen und andererseits sollte man bei der Zuwanderung immer mit berücksichtigen, dass viele Muslime aus traditionellen politischen Kulturen kommen, in denen die westliche Trennung von Religion und Politik nicht praktiziert wird.

Es stellte sich weiterhin die Frage, ob und wie sich gläubige Muslime, die nicht säkular sind, in die deutsche Gesellschaft integrieren lassen.

Nach dem Vortrag zu **konkreteren Fragen in Bezug auf den Islam** wurde vor allem die Rolle von DITIB („Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“) thematisiert. Diese Organisation hat sich unter dem türkischen Präsidenten Erdogan von einem religiös orientierten zu einem politisch orientierten Verband gewandelt, was insofern heikel ist, als der Staat den Islam zu steuern versucht. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es nicht *den* Islam und somit nicht einen Ansprechpartner für den Staat gibt, sondern verschiedene islamische Religionsgemeinschaften.

Die zuvor eher theoretischen Erwägungen zum Islam und zur Kompatibilität von westlicher säkularer Kultur und dem Islam wurden in der weiteren Diskussion auf die allen bekannten Konfliktfälle des Alltags angewendet. Solche Auseinandersetzungen sind häufig von Detailjustierungen (beispielsweise Speisevorschriften der Muslime) bestimmt und daher in der christlich geprägten Säkularkultur schwer zu handhaben: Hier hat man es verlernt bzw. nie für so wichtig gehalten, sich in der Religion mit Einzelheiten des täglichen Lebens zu beschäftigen. Es sind generell Lernprozesse auf beiden Seiten notwendig. Konflikte ergeben sich immer da, wo sich Muslime bei Verrichtungen und Vorschriften z.B. zur Kleidung auf das Recht auf freie Religionsausübung berufen, damit aber mit den Gesetzen oder den Gepflogenheiten der Mehr-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SEMINAR 2017

CADENABBIA

MELINA ROHRBACH

Mehr zur Veranstaltung:

<http://www.kas.de/bundesstadt->

heitsgesellschaft in Widerspruch geraten. Dies lässt sich nur in einem komplizierten Aushandlungsprozess lösen.

Als wichtig wurde es angesehen, das Religionsverständnis zu entpolarisieren, wobei sich die Frage stellt, wem die Entscheidung obliegt, wo Diffamierung beginnt. Wesentlich seien der Dialog des Lebens und alltägliche Begegnungen, weil man in solchen Gesprächen davon Zeugnis geben kann, was einem selbst wichtig ist.

Zuletzt wurde über die **Herausforderungen des Säkularisierungsprozesses für die Kirchen** diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde die Freiburger Rede von Papst Benedikt XVI. erwähnt, bei der dieser von der „Entweltlichung der Kirche“ sprach. Ziel von Entweltlichung ist es, Transzendenz zurückzugewinnen, denn es besteht heute die Tendenz, das Transzendente immanent erklären zu wollen. Die Kirche hat immer den Zusammenhang von Vernunft und Glaube wahren wollen, wobei erst in der säkularisierten Gesellschaft dieser Zusammenhang auseinandergebrochen ist: Glaube wird als unvernünftig diffamiert und in Folge verlegen sich Gläubige auf emotionale und traditionalistische Glaubensbegründungen und verzichten auf eine vernunftgeleitete Herleitung.

Es wurde überlegt, was Säkularisierung eigentlich für den Klerus bedeute, wobei beachtet werden sollte, dass Säkularisierung auch Entklerikalisierung bedeuten könnte. Der Klerus kann das Volk Gottes nur vom Glauben überzeugen, wenn er selbst glaubt. Dabei ist es wichtig, den eigenen Glauben in einer Sprache auszudrücken, die für alle Menschen verständlich ist.

Weil der Volksglaube in der heutigen Gesellschaft verloren gegangen sei bzw. nicht mehr vermittelt werde, sei eine Haltung der Offenheit und des Dialogs erforderlich – sowohl um in der säkularisierten Gesellschaft Christ zu werden als auch um Christ zu sein und seinen Glauben zu bewahren.